Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Verkehr (öffentlich) der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg

Sitzungstermin:	Dienstag, 12.11.2019
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:55 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal Barfüßerstr. 50, 35037 Marburg

Anwesende Mitglieder	
Vorsitz	
Herr Dr. Karsten McGovern - B90/Die Grünen	
reguläre Mitglieder	
Herr Thorsten Büchner - SPD	
Herr Dr. Fabio Longo - SPD	
Frau Anna Zels - SPD	
Herr Oliver Hahn - CDU	
Herr Schaker Hussein - SPD	in Vertretung für: Frau Alexandra Klusmann
Herr Lars Küllmer - CDU	Vertretung für: Herrn Jan von Ploetz
Frau Karin Schaffner - CDU	
Herr Hans-Werner Seitz - B90/Die Grünen	
Herr Henning Köster-Sollwedel - Marburger Linke	
Frau Stefanie Wittich - Marburger Linke	
Herr Hanke Bokelmann - FDP/MBL	
Frau Andrea Suntheim-Pichler - BfM	
beratende Mitglieder	
Herr Dr. Michael Weber - Piratenpartei	

Entschuldigte Mitglieder	
reguläre Mitglieder	
Frau Alexandra Klusmann	- entschuldigt -
Herr Jan von Ploetz - CDU	- entschuldigt -

Magistrat

Herr Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies
Herr Bürgermeister Wieland Stötzel

Verwaltung

Herr Jochen Friedrich, Geschäftsstelle
Herr Philipp Höhn – Pers. Referent des Oberbürgermeisters
Herr Christoph Rau – Stadtwerke Marburg Consult

Agenda-Gruppen

Herr Martin Turek (Lokale Agenda 21, AG Nachhaltige Stadtentwicklung)
Herr Wolfgang Schuchart (Lokale Agenda 21, AG Verkehr)
Herr Hans Horst Althaus (Lokale Agenda 21, AG Verkehr)

Gäste

Herr Michael Plappek, Parents for Future
Frau Katja Peters (Oberhessische Presse)
und 1 weitere Person

Protokoll:

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

Hinweis zu der Tagesordnung:
Folgende Tagesordnungspunkte werden bis zur Januarsitzung vertagt:

TOP 6.2 (VO/7025/2019)
TOP 6.3 (VO/7033/2019)

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.09.2019

Die Niederschrift wird einstimmig angenommen.

zu 3 Bericht(e) aus den Arbeitsgruppen zur Lokalen Agenda 21

AG Verkehr

Die Stellungnahme wird verlesen:

> ***„Klimanotstand Stadt Marburg und Reduzierung Emissionen Verkehr***
> *Die seit Jahren durch die Lokale Agenda 21 Verkehr geforderte Reduktion der durch den Verkehrsbereich verursachten Emissionen gewinnen neue und nachdrückliche Qualität in der Diskussion des Klimanotstands. Die bekanntermaßen ein Fünftel bis ein Viertel aller klimaschädlichen Emissionen entfallen auf den Verkehrsbereich. Und ebenso bleibt leider richtig, dass er das einzige Segment in den verschiedenen gesellschaftlichen Feldern darstellt, der bezogen auf das Jahr 1990 seine Emissionen nicht nur nicht reduziert, sondern sogar in den letzten Jahren weiter erhöht hat. Hier sollten die Kommunen alle erdenklichen Möglichkeiten nutzen, diesen Trend umzukehren.*

Einrichtung von Tempo 30 Abschnitten oder Zonen
Die Lokale Agenda 21 Verkehr unterstützt nach wie vor alle Bemühungen um die Reduzierung des Tempos auf Tempo 30 als Richtgeschwindigkeit auf allen innerstädtischen Straßen. Dies mindert die Emissionsanteile sowie die Unfallgefahr, schont das Klima und erhöht die Aufenthaltsqualität in den Städten für Rad- und Fußverkehre. In Fragen der gesetzlichen Nichtzuständigkeit der Kommune möge sie auf den jeweils zuständigen Straßenbaulastträger mit dieser entsprechenden Zielsetzung einwirken.

„Haus der Nachhaltigkeit“
Bereits in gelegentlichen Gesprächen zwischen Verbänden und der Politik haben wir von diesem Projekt erfahren, das wir grundsätzlich begrüßen. Solche „Umwelt- oder Nachhaltigkeitshäuser“ kennen verschiedene bereits realisierte Vorbilder. Insbesondere aus verkehrlicher Sicht bitten wir um Beachtung einer verkehrsgünstigen Lage, da verschiedenen Verbände nicht nur stadt- und kreisweit, sondern in ihrer Verbandsarbeit auch regional und überregional vernetzt und (immer wieder) zu Verbandsterminen unterwegs sind. Hier mag die Besonderheit von Umwelt- und kritischen Verkehrsverbänden, ganz im Wesentlichen nur mit öffentliche Verkehren unterwegs zu sein, eine besonders zu beachtend Rolle spielen.“

AG Nachhaltige Stadtentwicklung
Es berichtet Martin Turek aus der Sitzung vom 07.11.2019

„Bürgerbeteiligung
Die Bausteine zur Bürgerbeteiligung beim geplanten Bauvorhaben "Hasenkopf/Stadtwald" und zur öffentlichen Präsentation und Diskussion des Vorentwurfes zum B-Plan 9/42 (Temmlerstraße) werden ausdrücklich begrüßt und unterstützt. Wir sehen hier eine gelungene Einbindung der Bürger in den Planungsprozess. Diese fehlt jedoch unverständlicherweise bei den Vorhaben „Oberer Rotenberg“ und Afföller, hier fordern wir nachdrücklich eine Einbindung der Bürger nach dem Vorbild der zuerst genannten Projekte.
Wir weisen noch einmal auf die Diskussion zur Besetzung und Aufgabenstellung des Beteiligungsbeirates hin. Die Kritik an der letztlich beschlossenen Satzung bezüglich Zusammensetzung und Verfahrensregelung des Beteiligungsbeirates bleibt wegen der Abweichungen vom von Frau Prof. Birsl und der Bürger-AGs entworfenen Konzeption weiterhin ungelöst.

Klima und Bebauung
Die Klimanotstandserklärung der Stadt Marburg sollte selbstredend ein Abwarten der Ergebnisse des begonnenen Klimagutachtens vor dem Beginn neuer Bauleitplanungen bedingen. Dies gilt besonders für den anstehenden Aufstellungsbeschluss „Oberer Rotenberg“, unter Zugrundelegung einer - besonders auch unter dem Klima- und Umweltaspekt - nicht hinreichenden Beschlussvorlage. Die AG nachhaltige Stadtentwicklung schlägt vor, Konsequenz zu zeigen und keinen Aufstellungsbeschluss zum jetzigen Zeitpunkt zu fassen. Wir regen einen Bürgerbeteiligungsprozess mit Investoren an, in dem echte Mitwirkung gegeben ist.

Lärm- und Emissionsschutz, Umsetzung von StVV-Beschlüssen
Im Zuge Diskussion von Wohnraum- und Klimaaspekten sind Lärm- und Emissionsschutz in der der letzten Zeit ein wenig aus dem Fokus geraten. Wir möchten die Stadtverordneten dazu ermuntern, sich dieser Themen wieder anzunehmen, insbesondere bezüglich der B 3 („Stadtautobahn“). Wir erinnern an die einstimmigen Beschlüsse der StVV aus den Jahren 2013 und 2014 zur Beauftragung einer Machbarkeitsstudie über Lösungsmöglichkeiten der mit der B3 verbundenen Probleme und möchten die Stadtverordneten ermutigen, nach so vielen Jahren ohne Fortschritt beim Magistrat nun die Umsetzung einzufordern, auch wegen der attraktiven städtebaulichen Optionen, die ernsthafte Alternativen zu aktuellen Projekten sein könnten.“

zu 4 Allianz für Entwicklung und Klima: Beitritt der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/7082/2019

Die Vorlage wird mit

12 Ja Stimmen (SPD, CDU, BfM, Marburger Linke, Bündnis 90/Die Grünen) bei
1 Enthaltung (FDP/MBL)

zur Annahme empfohlen.

zu 5 Anträge des Ausländerbeirates

zu 5.1 Antrag des Ausländerbeirats betr. Einheitsbuddeln
Vorlage: VO/6995/2019

Der Antrag wird mit

10 Ja Stimmen (SPD, BfM, FDP/MBL, Marburger Linke, Bündnis90/Die Grünen) bei
3 Nein Stimmen (CDU)

zur Annahme empfohlen.

zu 6 Anträge der Fraktionen

zu 6.1 Antrag der Fraktion B 90/Die Grünen betr.: Barrierefreie Anbindung des Lokschuppenareals an den Hauptbahnhof
Vorlage: VO/7010/2019

Der Antrag wir wie folgt ergänzt (Ergänzung kursiv und unterstrichen)

> „Der Magistrat wird beauftragt,
> die Errichtung einer weiteren Treppen- und Aufzugsanlage am zwischen dem Ortenbergsteg und dem hinter dem Bahnhofareal verlaufenden Rad- und Fußweg *nach Abschluss der Bauphase* in die Wege zu leiten.“

Der Antrag wird in der geänderten Fassung zur Abstimmung gestellt und mit

12 Ja Stimmen (SPD, CDU, BfM, Marburger Linke, Bündnis 90/Die Grünen) bei
1 Enthaltung (FDP)

zur Annahme empfohlen.

zu 6.2 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Beleuchtung Fahrradweg
Vorlage: VO/7025/2019

Der Antrag wird bis Januar zurückgestellt.

zu 6.3 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Einführung von Tempo 30 auf der Frankfurter Straße
Vorlage: VO/7033/2019

Der Antrag wird bis Januar zurückgestellt.

zu 6.4 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr.: Anzahl der Fahrradabstellplätze an allen Marburger Schulen erhöhen
Vorlage: VO/7074/2019

Es werden 2 Änderungsanträge eingebracht:

1. Änderungsvorschlag

Es wird vorgeschlagen den Antrag wie folgt zu ergänzen (Ergänzung *kursiv und unterstrichen*) und die Sätze 2 und 3 zu streichen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

1. die Anzahl von Abstellplätzen für Fahrräder an allen Marburger Schulen *weiterhin bedarfsgerecht* zu erhöhen, unabhängig davon, ob es sich um Grund- oder weiterführende Schulen handelt. Der zu schaffende Bedarf an Abstellplätzen ist in Kooperation mit den Schulleitungen, dem Kinder- und Jugendparlament sowie dem Stadtelternbeirat zu ermitteln.

2. ~~Dieser Prozess erfolgt unabhängig vom BiBaP, da der Ausbau dringlich ist und nicht mehrere Jahre verzögert werden kann, sondern vielmehr unmittelbar erfolgen muss.~~

3. ~~Außerdem soll durch eine entsprechende Beschilderung sichergestellt werden, dass die Fahrradparkplätze auch von allen Personen erreicht werden können.~~

2. Änderungsvorschlag:
Es wird vorgeschlagen den Antrag wie folgt zu ergänzen (Ergänzung *kursiv und unterstrichen*) und die Sätze 2 und 3 weiterhin des ursprünglichen Antrages beizubehalten:

Der Magistrat wird aufgefordert,

1. die Anzahl von Abstellplätzen für Fahrräder *idealerweise in Form von Anlehnbügeln* an allen Marburger Schulen zu erhöhen, unabhängig davon, ob es sich um Grund- oder weiterführende Schulen handelt. Der zu schaffende Bedarf an Abstellplätzen ist in Kooperation mit den Schulleitungen, dem Kinder- und Jugendparlament sowie dem Stadtelternbeirat zu ermitteln.

2. Dieser Prozess erfolgt unabhängig vom BiBaP, da der Ausbau dringlich ist und nicht mehrere Jahre verzögert werden kann, sondern vielmehr unmittelbar erfolgen muss.

3. Außerdem soll durch eine entsprechende Beschilderung sichergestellt werden, dass die Fahrradparkplätze auch von allen Personen erreicht werden können.

Die antragstellende Fraktion übernimmt diesen Änderungsvorschlag.

Der eingebrachte Änderungsantrag erhält damit folgende Endfassung:

„Der Magistrat wird aufgefordert,

1. die Anzahl von Abstellplätzen für Fahrräder idealerweise in Form von Anlehnbügeln an allen Marburger Schulen *weiterhin bedarfsgerecht* zu erhöhen, unabhängig davon, ob es sich um Grund- oder weiterführende Schulen handelt. Der zu schaffende Bedarf an Abstellplätzen ist in Kooperation mit den Schulleitungen, dem Kinder- und Jugendparlament sowie dem Stadtelternbeirat zu ermitteln.

2. ~~Dieser Prozess erfolgt unabhängig vom BiBaP, da der Ausbau dringlich ist und nicht mehrere Jahre verzögert werden kann, sondern vielmehr unmittelbar erfolgen muss.~~

3. ~~Außerdem soll durch eine entsprechende Beschilderung sichergestellt werden, dass die Fahrradparkplätze auch von allen Personen erreicht werden können.“~~

Der Vorsitzende lässt über den eingebrachten Änderungsantrag wie folgt abstimmen:

1. Ergänzung von Satz 1 („Weiterhin bedarfsgerecht“)

Der ergänzte Satz 1 wird mit

8 Ja Stimmen (SPD, CDU, BfM) bei
5 Nein Stimmen (Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP)

zur Annahme empfohlen.

2. Die Streichung der Sätze 2 und 3 wird mit

8 Ja Stimmen (SPD, CDU, BfM) bei
5 Nein Stimmen (Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP)

zur Annahme empfohlen.

Der Vorsitzende lässt abschließend über die vom Ausschuss empfohlene finale Fassung:

„Der Magistrat wird aufgefordert,

die Anzahl von Abstellplätzen für Fahrräder idealerweise in Form von Anlehnbügeln an allen Marburger Schulen weiterhin bedarfsgerecht zu erhöhen, unabhängig davon, ob es sich um Grund- oder weiterführende Schulen handelt. Der zu schaffende Bedarf an Abstellplätzen ist in Kooperation mit den Schulleitungen, dem Kinder- und Jugendparlament sowie dem Stadtelternbeirat zu ermitteln.“

abstimmen:

Der Antrag in der finalen Fassung wird mit:

8 Ja Stimmen (SPD, CDU, BfM) bei
2 Nein Stimmen (Bündnis 90/Die Grünen, FDP) und
2 Enthaltungen (Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linke)

zur Annahme empfohlen.

Der Stadtverordnete Henning Köster-Sollwedel nimmt an dieser Abstimmung nicht teil

Aussprache wird angemeldet.

---

zu 6.5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Verlängerung Radweg Gutenbergstraße Vorlage: VO/7085/2019

Der Antrag wird zur Vorberatung an den Ortsbeirat Südviertel verwiesen.

---

zu 6.6 Antrag der Fraktionen von SPD, BfM und CDU betr.: „Haus der Nachhaltigkeit“ in Marburg Vorlage: VO/7091/2019

Es wird vorgeschlagen, den Antrag wird wie folgt zu ergänzen
(Ergänzung *kursiv und unterstrichen*):

„Der Magistrat wird aufgefordert,

gemeinsam mit Initiativen, Verbänden und anderen geeigneten Akteuren ein „Haus der Nachhaltigkeit“ zu konzipieren und dabei die nachfolgenden Ziele zu berücksichtigen:

a) Initiativen aus den Bereichen Umweltbildung, soziale, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit, Verantwortung für Eine Welt und globale Gerechtigkeit erhalten im Haus der Nachhaltigkeit Räumlichkeiten für ihre Arbeit, der auch für die Stadtgesellschaft als Kristallisationspunkt erkennbar ist.
b) Durch entsprechende Ausstattung – insbesondere durch Coworking-Spaces, gemeinsam nutzbare Räume und technische Infrastruktur – entsteht ein Ort des Austauschs und der Synergie unter den Initiativen und der Stadtgesellschaft.
c) Die gemeinsame Nutzung in einem offenen Konzept, das auch für künftig entstehende Initiativen offen ist, setzt Impulse für mehr Nachhaltigkeit in den Bereichen des sozialen Miteinanders, der Umweltbildung, der Begegnung des Klimawandels und des nachhaltigen Wirtschaftens und entfaltet Wirkung in die Stadtgesellschaft.
d) Das Haus der Nachhaltigkeit ermöglicht die kostengünstige Nutzung, sowohl für dauerhafte Nutzung als auch für temporäre Projekte und Initiativen.
e) Das Haus der Nachhaltigkeit ist barrierefrei erreichbar und nutzbar.
f) Der Magistrat legt einen Vorschlag für Regeln der Nutzung und Verpflichtung auf übergreifende Zielsetzungen der Nutzer*innen vor, der vor der Einrichtung des Hauses der Nachhaltigkeit durch die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen ist.

Mittel zur Planung sind im Entwurf für den Haushalt 2020 bereitzustellen.“

Die antragstellenden Fraktionen übernehmen diesen Ergänzungsvorschlag.

Der Antrag in der ergänzten Fassung wird mit

12 Ja Stimmen (SPD, CDU, BfM, Marburger Linke, Bündnis 90/Die Grünen) bei
1 Nein Stimme (FDP/MBL)

zur Annahme empfohlen.

---

zu 7 Kenntnisnahmen

---

zu 7.1 Aktualisierung der Fahrpläne für die Universitätsstadt Marburg zum Fahrplanwechsel am 15.12.2019 Vorlage: VO/7077/2019

Fragen zu der Vorlage werden von Herr Christoph Rau, Stadtwerke Marburg Consult, beantwortet.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

---

zu 7.2 Rahmenvorgabe Leichtverpackungen Vorlage: VO/7090/2019

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

---

zu 8 Verschiedenes

Fragen werden zu folgenden Themen eingebracht:

- **Radwegverbindung Reichwein Schule/Chevy über die Bahn und B3A zum Freizeitbad AquaMar:**
  Wann wird die Brücke ertüchtigt, so dass sie auch von Radfahrerenden genutzt werden darf?

  Bürgermeister Wieland Stötzel führt aus, dass das Geländer kurzfristig (voraussichtlich 2020) erhöht werden soll und damit die Voraussetzung geschaffen werde, die Brücke auch offiziell als Radbrücke zu nutzen.

- **Fahrradabstellanlagen Hauptbahnhof**
  Werden bei der Erneuerung des Parkdecks auch Fahrradabstellanlagen eingebaut?

  Bürgermeister Wieland Stötzel berichtet, dass die Stadtwerke Marburg hier keinen Bedarf festgestellt haben.

- **Mobilitätsplanerin**
  Es wird angeregt, dass sich die seit Oktober eingestellte Mobilitätsplanerin in einer der nächsten Sitzungen dem Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr vorstellen solle.

Dies wird von Bürgermeister Wieland Stötzel für eine der kommenden Sitzungen mit kürzerer Tagesordnung zugesagt.

- **Ladesäule für E-Bikes am Radweg Deutsche Einheit**
  Die Ladesäule wird häufig beschädigt.. Bürgermeister Wieland Stötzel sagt zu, ggf. einen Standort mit höherer sozialer Überwachung zu prüfen.

Marburg, 22.01.2020

Dr. Karsten McGovern	Jochen Friedrich
Vorsitzender	Protokoll